

Nichtamtlicher Theil.

Die Jubiläumsfeier

wird nach Bericht der Wiener- und Provinzialblätter in allen Landestheilen Oesterreich-Ungarns in großartigster, glänzendster Weise vor sich gehen. Alle Gesellschaftskreise treffen Anstalten zur würdigen Begehung jenes Tages, an welchem vor fünfundsiebenzig Jahren Kaiser Franz Joseph I. den Thron seiner erlauchten Väter bestieg und die Zügel der Regierung mit fester Hand übernommen hat.

„Pester Lloyd“ widmet dieser hohen patriotischen Feier folgenden Artikel: „Es waren das schwere Zeiten, als unser König den Thron bestieg. Schwere Zeiten für ihn und schwere Zeiten für unsere arme Nation. Der Wohlstand des Landes zerstört, die altvererbte Verfassung zerrissen und das Blut der Landesländer in Strömen vergossen. Und der junge Herrscher, der noch die Freuden der Jugend zu Ende genossen, sah er sie noch zu kosten begonnen hatte, war er schon genöthigt, schweren Lebenskämpfen, harten Schicksalsschlägen Trost zu bieten. Er konnte sich nicht zu seiner Nation wenden, denn ein trauriger Kampf zog eine Scheidewand zwischen ihm und uns; wir konnten uns nicht zu ihm wenden, denn feindliche Heerführer und feindselige Regierungsmänner standen uns im Wege. Bevor wir einander näher kommen, bevor wir einander verstehen konnten, mußte erst der Leidenskelch geleert werden, und dieser Kelch war ein bitterer für ihn ganz so wie für uns.“

Wir kamen aber doch näher und verstanden uns endlich. Er liebte diese Nation, und von neuem loderte in dem Ungar empor die Treue und die Anhänglichkeit für den König, so wie er sie von den Vätern ererbt hat, und wie er sie den Kindern als Erbe hinterlassen wird. Die Krone Saint Stephans, jener einzige altherwürdige Schatz, dessen Glanz noch nie erbleicht war, sähnte bei uns die Vergangenheit und begründete für uns die Zukunft; die Zukunft — in der Festigkeit des Thrones, in der Wohlfahrt des Landes und in der Liebe des Königs. Jene glänzende, die am 8. Juni des Jahres 1867 ihre Strahlen über diese Nation ausgoß, zerstreute zugleich das Dunkel, welches wir über dem 2. Dezember 1848 sehen mochten. Die Krone ist heute das Prisma, durch welches wir in die Vergangenheit zurückblicken dürfen.

Ein und einheitlich ist heute dieses Land, wie es seit 300 Jahren nicht gewesen ist. Im Frieden mit den eigenen Brudernationen, ist heute der Ungar Herr seines eigenen Schicksals, wie er es schon seit langer Zeit nicht gewesen. Die Verwirklichung der nationalen Aspirationen, die Erreichung einer unserem gebildeten Zeitalter entsprechenden materiellen und geistigen Wohlfahrt hängt von dem richtigen und angemessenen Aufgebote unserer Energie und Klugheit ab. Alles, was ehemals unser Leiden herbeiführte, ist entfernt, und alles was geeignet ist, unsere künftige Größe zu begründen, liegt in unserer Hand. Und wer über unser Geschick und unsere Thätigkeit wacht; wer unsere Gegner, die nicht vergessen können, gebunden hält; wer stark ist, wenn wir schwach werden wollten; wer die tausendjährige Verfassung selbst hält und durch andere halten läßt; wer im eigenen Drang des Herzens zu uns gekommen ist; wem der Eid heilig ist, weil dieser das Fundament der Wohlfahrt und der Freiheit des Volkes bildet, und wer vor 25 Jahren den Thron seiner glorreichen Vorfahren bestiegen hat; — es ist unser gekrönter König!

Begrüßen wir ihn! Schließen wir uns jenen ungarischen Municipien an, die den gekrönten ungarischen König beglückwünschen!

In ähnlicher Weise spricht sich „P. Lloyd“ aus, der Anlaß nimmt, auf die Wechselbeziehungen der Länder dies- und jenseits der Leitha hinzuweisen. Seit vierthalb Jahrhunderten sind sie, die cisleithanischen Oesterreicher, unsere Genossen in Leid und Freude, und sowie sie sicherlich uns nicht gleichgiltig gegenüberstehen werden, wenn wir einst das fünfundsiebenzigjährige Jubiläum der Krönung des apostolischen Königs von Ungarn feiern werden, so haben sie wohl ein begründetes Anrecht darauf, daß auch wir jene gehobene Stimmung theilen, mit welcher sie den Tag begrüßen, an dem der gemeinsame Monarch ein Vierteljahrhundert seiner Regierung abschließt. — Und auf die constitutionelle Entwicklung beider Hälften des Reiches übergehend, schließt das Pester Blatt: „Es ist ein bedeutsames Zeichen einer wahrhaft gesunden und erfreulichen Entwicklung in Oesterreich-Ungarn, daß die freiheitlichen Bestrebungen der Zeit die Beziehungen des Volkes zur Krone nicht gelockert, sondern nur noch fester geknüpft, daß sie die dynastischen Gefinnungen nicht geschwächt, sondern nur kräftigen und mit neuen Bürgschaften der dankbaren Hingebung und unerschütterlichen Treue zu umgeben vermocht haben.“

garn, daß die freiheitlichen Bestrebungen der Zeit die Beziehungen des Volkes zur Krone nicht gelockert, sondern nur noch fester geknüpft, daß sie die dynastischen Gefinnungen nicht geschwächt, sondern nur kräftigen und mit neuen Bürgschaften der dankbaren Hingebung und unerschütterlichen Treue zu umgeben vermocht haben.“

Zur Action der Oppositionspartei.

Aus allen Gauen der im österreichischen Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder langt die erfreuliche Nachricht in Wien ein, daß ein großer Theil der sogenannten „staatsrechtlichen“ Partei demnächst die Bahnen der Opposition ernstlich verlassen und das constitutionelle Terrain betreten wird. Als Beleg dessen hören wir die nachstehenden Äußerungen der „Tages-Presse“:

„Die mährischen Declaranten beantworteten die Aufforderung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Reichbauer, ihre Sitze einzunehmen, in einer keineswegs ablehnenden Weise. Vielmehr erklärten sie, durch die bevorstehende Landtagscampagne zwar momentan behindert zu sein, doch seien sie gesonnen, nach Schluss derselben ihren Einzug in die Parlamentsräume zu halten. Die mährischen Czechen sind entschlossen, der unfruchtbarsten Abstinenzpolitik zu entsagen; sie sind willens, aus den nebelhaften Sphären eines noch nebelhafteren Staatsrechtes auf den sicheren Boden der Verfassung zu treten. Die Tragweite dieses Entschlusses wird niemanden entgehen. Dem Eintritte der Mährer wird derjenige der Jungcechen auf dem Fuße folgen. Kämpften doch diese bereits auf dem Föderalisten-Tage sehr entschieden für ein Preisgeben der bisherigen Politik, welche die nationale Opposition lahmlegte, sie zum Spielball einiger Ehrgeiziger machte und stets der Schärfe des Spruches überlieferte: „Los absents ont tort.“ Stehen einmal die Jungcechen auf parlamentarischen Boden, so ist die staatsrechtliche Partei keine nationale mehr — sie bleibt alsdann die clerical-absolutistische, die Negation allen modernen Strebens, die Verkörperung der Rechtslosigkeit, und als solche wird sie auf eine ernste Beachtung kaum Anspruch erheben können. Sie wird als Mumie ein Interesse für Curiositätenfreunde bieten, sonst aber gar keinen Daseinszweck besitzen.“

Mit dem gegenwärtig nicht mehr zweifelhaften Eintritte der Mährer und Jungcechen, und vielleicht auch der Altcechen in die Reichsvertretung wird somit der Parlamentarismus den entscheidendsten Triumph errungen haben. Es wird dann keine namhafte Partei mehr geben, welche den Rechtsbestand der Verfassung negieren wird, und keine politische Kämpfer, welche nicht in der Arena der Gesetzmäßigkeit ausgefochten werden könnten.

Nicht allein sämmtliche politische, sondern auch alle nationalen Tendenzen würden im Parlamente die Stätte ihrer Läuterung finden, und die Führer der Opposition würden selbst ermessen, inwiefern ihre Pläne erreichbar oder nur Chimären sind. Eine Gefahr für den Liberalismus kann in der Unterwerfung der Nationalen unter den Constitutionalismus unmöglich liegen. An seinem eigenen Siege geht wohl schwerlich irgend jemand zu Grunde, und die Pyrrhus-Siege sind in der Regel nichts als ein matter Trost für den Geschlagenen, welcher diesen für die Bitternis der Niederlage entschädigen soll. Wir für unseren Theil erklären es unverhohlen, daß der Eintritt der Mährer und Czechen den Liberalismus weit eher kräftigen als schwächen kann. Schon gegenwärtig werden von nationaler Seite im Parlamente Stimmen laut, welche darauf hindeuten, daß die freiheitlichen Tendenzen unter den Slaven große Fortschritte machten, und wir sind überzeugt, daß nie Jungcechen in confessionellen Fragen der Linken die Hand bieten und ebenso wacker für dieselben stimmen werden wie mancher Deputierte von der Linken, welcher den Liberalismus als sein ausschließliches Erbgut ansieht. Ja, wir wagen an die Mittheilungen von dem bevorstehenden Eintritte der mährischen Slaven eine Hoffnung zu knüpfen, deren Realisierung mit der Zeit erfolgen muß: die Bildung einer liberalen österreichischen Partei, welche alle Elemente, die dem Lichte der Neuzeit huldigen, ohne Unterschied der Race umschließen wird, in welcher Deutsche, Slaven und Itolienier mit gleicher Ausdauer für den Fortschritt kämpfen werden. Dann wird der Liberalismus bei uns für immer gesichert sein. In den Herzen aller Völker wurzelnd, wird ihn kein Sturm erschüttern können, und das Volkparlament wird alsdann der wahre Repräsentant des constitutionellen Oesterreich sein.“

Zum ungarischen Budget.

Im „Pester Lloyd“ erhob sich eine Stimme mit dem Vorschlag „an den Befolgungen der mit mehr als zwei bis dreitausend Gulden besoldeten Beamten proportionierte Reductionen vorzunehmen.“ Der „Pester Lloyd“ erwiedert dieser Stimme folgendes: „Einen Augenblick lang hatten wir daran gedacht, diesen, mit unserer eigenen Anschauung im directen Widerspruche stehenden Artikel todzuschweigen; allein da es uns bekannt ist, daß die erwähnte Idee auch in manchen Abgeordnetenkreisen besprochen wurde und möglicherweise auch im Hause zur Discussion gebracht werden könnte, schien es uns zweckmäßiger, die Sache nicht todzuschweigen, sondern zu einer Erörterung derselben Anlaß zu geben, welche vielleicht ein Fallenlassen dieser nichtweniger als glücklichen Gedanken zur Folge haben könnte. Zur Rechtfertigung des Vorschlages wird angeführt, daß infolge ungünstiger Zeitverhältnisse auch große Privat-institute, welche den früheren Regieaufwand heute nicht mehr bestreiten können, sich vor die Alternative gestellt sahen, entweder einen Theil ihrer Beamten zu entlassen und dieselben daher vollständig brotlos zu machen, oder an den Bezügen derselben Reductionen vorzunehmen, und daß die Beamten selber das letztere vorzogen. Der Staat aber befinde sich genau in derselben Lage und es sei daher kein Grund vorhanden, weshalb er nicht von demselben Mittel Gebrauch machen sollte. Unsere Antwort hierauf ist eine sehr kurze. Der Staat ist allerdings nicht berechtigt, mit dem Gelde der Steuerzahler irgendwelche Großmuth zu üben; andererseits aber muß es auch in der Achtung vor erworbenen Rechten mit gutem Beispiele vorangehen. Diejenigen Beamten, welche entweder nicht die Fähigkeit oder nicht den Willen haben, den Pflichten ihres Berufes zu entsprechen, sind — wie wir dies schon öfter sagten — auch ohne irgendwelche Rücksicht auf die Lage der Staatsfinanzen schonungslos zu beseitigen; allein, daß derjenige Beamte, der nach wie vor seine Schuldigkeit thut, an den ihm zugesicherten Bezügen verläßt werde, daß können wir nimmermehr billigen. Der Vergleich mit den Privat-instituten steht hier nicht. Viele tüchtige Männer sind zu einer Zeit, wo Dienste bei Privat-instituten brillant bezahlt wurden, auf ihren Posten im Staatsdienste verblieben und haben sich dort mit einem geringen Gehalte begnügt, weil sie auf die Stabilität dieser Stellung und der damit verbundenen Emolumente Gewicht legten. Wenn der Staat — was auch niemand von ihm verlangen konnte — damals die Bezüge seiner Beamten nicht erhöhte, so wäre es wohl eine schreiende Ungerechtigkeit, sie jetzt vermindern zu wollen. Für denjenigen, welcher nichts arbeitet, ist jeder Gehalt zu hoch; allein fleißige Beamte, die ihr Fach verstehen und bereits durch eine Reihe von Jahren ihre Dienste dem Staate gewidmet haben (denn andere stehen sicherlich noch nicht in einem Gehalte von über zwei bis dreitausend Gulden), sind mit einem solchen Gehalte gewiß nicht allzu reichlich bezahlt. Mit zwei bis dreitausend Gulden kann eine Familie heutzutage, namentlich in der Hauptstadt, nur sehr bescheiden leben, und wenn wir auch nicht in der Lage sind, unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Erhöhung der Beamtengehälte eintreten zu lassen, so kann doch mindestens von einer Schwächung derselben unseres Erachtens nicht ernstlich die Rede sein. Und schließlich könnte, selbst wenn man sich über die Prinzipien hinwegsetzen wollte, diese Reduction doch nur eine höchst unbedeutende Summe ausmachen, und die eingangserwähnte Stimme gibt ja selber zu, daß „der Abstrich von einigen hunderttausend Gulden — hier würde es sich vielleicht nicht einmal um ein hunderttausend Gulden handeln — unsere Finanznoth schlechterdings nicht zu lindern im Stande ist.“ Wir glauben, diese wenigen Bemerkungen dürften hinreichen, um einen Vorschlag zu beseitigen, welcher, sicherlich dem wohlgemeinten Streben nach Ersparungen entspringt, aber im höchsten Grade ungerecht wäre und obendrein nicht einmal dem beabsichtigten Zwecke entsprechen würde.“

Staat und Kirche in Preußen.

Der preussische Cultusminister v. Falk richtete an die Regierungspräsidenten folgenden Erlaß: „Die geschwichtigen Anstellungen katholischer Geistlichen mehren sich fortgesetzt derartig, daß es dringend geboten ist, mit der vollen Strenge des Gesetzes dagegen einzuschreiten. So weit es hierbei auf eine strafrechtliche Verfolgung der geistlichen Oberen ankommt, darf ich vertrauen, daß kein Fall einer geschwichtigen Anstellung

vorkommen wird, ohne daß die Einleitung der Untersuchung herbeigeführt würde. In betreff der Geistlichen hingegen, denen ein geistliches Amt gegen die Vorschriften der Gesetze übertragen ist und welche gleichwohl selbst nach erfolgter gerichtlicher Verurteilung fortfahren, in diesem Amte zu fungieren, ist ein schärferes Vorgehen, als bisher beobachtet zu sein scheint, notwendig. In dieser Beziehung ist zu beachten, daß jede einzelne Amtshandlung, und zwar ohne Unterschied, ob sie mit bürgerlichen Folgen verknüpft ist oder nicht, den Thatbestand des im § 23 des Gesetzes vom 11. Mai d. J. vorgesehenen Vergehens bildet. Um daher jene gesetzwidrig angestellten Geistlichen zu zwingen, ihre Functionen einzustellen, ist es unerlässlich, daß jede einzelne Amtshandlung derselben, sobald sie zur Kenntnis der Behörden gelangt, sofort zum Gegenstande einer strafrechtlichen Untersuchung gemacht und die Geistlichen auf diese Weise unausgesetzt mit immer neuen Strafanträgen verfolgt werden, bis sie dem Gesetze sich fügen. Würde dies alsbald dahin führen, daß jene Geistlichen, weil sie die sich mehrenden Geldstrafen nicht zu erlegen vermögen, zur Haft gebracht würden, so ist dies eine Eventualität, vor welcher bei dem Ernste der Sache und den schweren Folgen, welche sich an das Functioniren der gesetzwidrig angestellten Geistlichen knüpfen, in keiner Weise zurückzuschrecken ist.

Vielmehr ist es zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung durchaus erforderlich, jene Geistlichen die volle Strenge des Gesetzes empfinden zu lassen. Es. zc. ersuche ich demgemäß ergebenst, die Landräthe, respective Amtshauptmänner und die Ortspolizeibehörden mit Anweisung gefälligst zu versehen, daß sie jede einzelne Amtshandlung, welche ein gesetzwidrig angestellter Geistlicher vornimmt, sofort und direct bei der königlichen Staatsanwaltschaft zur Anzeige bringen, Ihnen aber gleichzeitig Mittheilung davon machen. Von den einzelnen Verurteilungen wollen Ew. zc. mir alsdann gefällige Anzeige erstatten."

Politische Uebersicht.

Laibach, 25. November.

Ein Telegramm der „Allg. Ztg.“ aus München meldet: „Dem Vernehmen nach wird die unterm 8ten April 1852 erlassene Ministerial-Entschliessung, den Vollzug des Concordats betreffend, mit königlicher Genehmigung außer Wirksamkeit gesetzt werden.“

Der württembergische „Staatsanzeiger“ meldet die definitive Ernennung Mittnachts zum Minister des Aeußern, Minister des I. Hauses und Präsidenten des Geheimrathes.

Der „France“ zufolge befand sich der Graf von Chambord in den letzten Tagen auf Schloß Dampierre bei dem Herzog von Luynes. Die „France“ vermutet, daß große Anstrengungen gemacht werden, um den Grafen von Chambord zur Thronentsagung zu vermögen. — Wie versichert wird, hat der Graf von Chambord das französische Territorium bereits verlassen.

Am 24. d. sollte, wie aus Murcia vom 19. d. gemeldet wird, das Bombardement von Cartagena beginnen. Die spanischen Batterien sind so rasch wie möglich vollendet worden und alles Kriegsmaterial ist in die Front gebracht. General Ceballos erwartet neue Verstärkungen von 5000 Mann. Unter den Insurgenten soll seit den letzten Junta-Wahlen weniger Uneinigkeit herrschen. Sie sollen Proviant für vier Monate haben.

Der Skupschina-Ausschuß erledigte die Gesetzentwurf über die Einführung des metrischen Maßes und Gewichtes in Serbien.

Die in den Vereinigten Staaten verbreiteten Gerüchte über angebliche feindliche Volksdemonstrationen in Madrid gegen den Gesandten General Siles sind unbegründet. Man glaubt, die „Virginia“-Frage werde dem Schiedsgericht einer Großmacht, wahrscheinlich Deutschlands, unterbreitet werden. — Nach einem von den Journalen verbreiteten, noch nicht bestätigten Gerücht soll das Cabinet der vereinigten Staaten beschloffen haben, ein Ultimatum an Spanien abzuschicken, worin die Abschaffung der Sklaverei auf Cuba, die Rückerstattung des „Virginia“ und der noch am Leben befindlichen Mannschaft und Passagiere verlangt wird. Weiter sollen die für die Hinrichtungen verantwortlichen Personen an Amerika ausgeliefert werden und die spanische Regierung nebst einer Entschuldigung auch Schadenersatz leisten.

Staatssubventionen und Vorschüsse.

Der Entwurf des Staatsvoranschlages für 1874 enthält folgende Ansätze: Es sind an Subventionen: für den österreichisch-ungarischen Lloyd (für die Bombaylinie) als Subvention für die Fahrt 190.000 fl. in Noten und als Vergütung der Suez-Canalgebühren 130.000 fl. Silber, ferner für die zittau-reichenberger Bahn 50.000 fl. in Silber eingestellt.

	fl. in Silber
Als 4percentiger Vorschuß	
Südböhmische Verbindungsbahn	481,000
Lemberg-Czernowiz-Jassy-Bahn	1,700,000
Franz-Josef-Bahn	700,000
Kronprinz-Rudolf-Bahn	4,000,000
Kaschau-Oderburger Bahn	370,000
Karl-Ludwig-Bahn (neue Strecke)	800,000
Mährisch-schlesische Nordbahn	725,000
Oesterreichische Nordwestbahn	1,400,000
Ungarische Westbahn (Graz-ung. Grenze)	336,000
Erste ungar.-galiz. Verbindungsbahn	970,000
Borarlberger Bahn	671,000
Albrechts-Bahn	626,000
Elisabeth-Bahn (Vinz-Budweis)	1,200,000
Mährische Grenzbahn	336,000
Oesterr. Staatsbahngesellschaft (Ergänzungsnetz)	500,000
Summe	14,815,000
Münzverlust für Silberzahlungen per 14.995.000 fl. zum Kurse von 8 pZt.	1.199.600 fl.

Tagesneuigkeiten.

— Se. Majestät der Kaiser trifft am 30. d. in Wien ein. — Se. k. k. Hoheit der Kronprinz Rudolf wird im Laufe dieser Woche Schönbrunn verlassen und die Hofburg beziehen.

— (Dalmatiner Landtag.) Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht das kaiserliche Patent, womit der Zusammentritt des Landtages von Dalmatien auf den 6. Dezember 1873 angeordnet wird.

— (Humoristisches.) Die letzte Nummer des bekannten Witzblattes „Figaro“ theilt unter dem Schlagwort „Neuestes“ folgendes mit: „Infolge der letzten Rede des Abgeordneten Hermann wurden folgende Personen in Haft genommen: 52 Hofräthe, 15 Staatsanwälte und der Kreisgerichtspräsident Schmeidel, welche das Volk aufzuwiegeln suchten (die Anklage stützt sich auf §§ 68 und 69 des St.-G.); ferner der Redacteur der „Wiener Zeitung“, welcher nächste Woche die Republik ausrufen wollte (Hochverrath § 58) und der Herr Kriegsminister Ruhn, welcher mit fünf Regimentern die Hofburg überfallen wollte; letz-

terer wurde dem Kriegsgerichte übergeben. Der gleichfalls verhaftete Hofrath Marx hat eine Flasche unrectificiertes Petroleum getrunken und infolge der alsbald erfolgten Explosion in tausend Stücke zerplatzt. Die Vertheidigung der sämmtlichen Unrühstifter hat sämmtlich der bekannte „Petroleur“ Josef Kopp unentgeltlich übernommen.“

— (Cholera in Graz.) In der Choleraabtheilung im städtischen Krankenhanse befinden sich gegenwärtig 16 Mann des Inf.-Reg. Jelačić.

— (Selbstmord.) Der k. k. Hauptmann des in Graz garnisonirenden 6. Feld-Artillerie-Regiments, Herr P. Haberhauer, hat sich, wie die „Graz. Ztg.“ berichtet, erhenkt. Der Unglückliche befand sich schon seit längerer Zeit infolge schlafloser Nächte in einem krankhaft aufgeregten Zustande und merklliche Spuren von Trübsinn waren in seinem ganzen Thun und Lassen ersichtlich.

— (Ein Hai.) Mitteltst einer Fischerbarke aus Grado wurde vorgestern ein zwei Meter langer Haifisch nach Triest gebracht, welcher in den Gewässern von Salvore, und zwar 6 Seemeilen von diesem Orte entfernt, eingefangen wurde

Jocales.

Mittheilungen

aus dem Jahresberichte des Landesforstinspektors für Krain pro 1872.

(Fortsetzung.)

Das Kalkgebirge trägt im adelsberger Bezirk die im ersten Theile dieses Berichtes hervorgehobene der Waldwirtschaft die größte Sorgfalt abheischende Eigenthümlichkeiten der Formation im erhöhten Maß an sich, — an zahlreichen aus jüngerer Zeit stammenden Beispielen sieht man die sichere Verödung — Verkarstung — als rasche Folge der Walddevastation schon eingetreten, das kahle Felsland sich mehren. Die heftigen Niederschläge der Aquinocial-Strömung, die suchtbare Kraft der Bora, die im höchsten Grade sturzgefährlichen Süd- und Südweststürme, das Vorherrschende schattenheischender, dem Rahliebe widerstrebender Holzarten (Buche, Tanne) erhöhen die Gefahren einer rückwärts losen Ausnützung der Wälder, beschleunigen die Verödung entholzter Flächen.

Aber nicht nur die physischen Verhältnisse drängen hier zu einer entschiedenen Handhabung des Forstgesetzes, es erheischen dies noch andere Momente.

Der adelsberger Bezirk umfaßt eine Fläche von 156,192 Joch, wovon nur 31,237 Joch oder 20% Wälder, während die Hutweiden 40% hievon einnehmen. — Dieser Bezirk ist also der minderbewaldete des Landes, seine Bevölkerung die waldärmste, da nur 0.75 Joch auf den Einwohner entfallen. Sein Bewaldungsprocent steht nicht nur um mehr als die Hälfte hinter dem Landesdurchschnitte, es ist sogar niedriger als selbst das kistenländische und dalmatinische (26 und 23).

Die dauernd mögliche Holzzerzeugung kann höher als auf 0.7 Normallastern per Joch oder 22-810 im ganzen nicht veranschlagt werden; während schon die unabweislichen Brenn- und Nutzholzbedürfnisse bei einer Bevölkerung von 41,255 Köpfen 26,857° absorbieren und der Holzexport gegenwärtig mindestens 6000°, — die Ueberbauung also 10,000° beträgt und somit um 8% stärker ist, als im Lande überhaupt. Außerdem bedarf es sich in diesem Bezirke nicht nur darum, annoch bestehenden Wald, sondern mit und durch ihn die Wiederbewaldung des Karstes hier und im Kistenslande in Schutz zu nehmen. Sehr richtig bemerkt ein deutscher Forstmann: Staatsunterstützungen (zur Aufzucht) haben logischer Staatsoberaufsicht (über die bestehenden Wälder) zur Voraussetzung.

Jeuffeton.

Der Kampf ums Dasein.

Roman von Franz Ewald.

(Fortsetzung.)

Emilie schwieg lange, lange Zeit und Paul gab ihr Ruhe, sich zu besinnen. Sein Anerbieten traf mit ihren heißesten Wünschen zusammen, aber sie vermischte das eine, um dessen Besitz sie alles andere mit Freuden dahingegeben hätte — sein Herz.

„Herr Stromberg,“ sagte sie schwer aufathmend, „wenn Ihr Anerbieten mir nun nicht genügt?“

„Diese Antwort lehrte ich,“ sagte er leise. „Verlangen Sie mehr, Emilie?“

Sie besann sich eine kurze Zeit. Ein Herr voll quälender und entmutigender Gedanken stürzte auf sie ein und sie hatte alle Mähe, ihre Fassung zu behaupten. Als Paul sie um diese Unterredung bat, hatte ihr Herz vor Wonne und Entzücken aufgejubelt und die Enttäuschung war eine um so herbere. Ja, Emilie dachte daran, dieses armselige Anerbieten von sich zu weisen, mit allem ihr zu Gebote stehenden Stolz, aber sie zitterte vor den Folgen. Paul war gewiß nicht der Mann, der ihren einmal ausgesprochenen Entschluß umzuändern suchte, und vielleicht erlangte sie von der Zukunft, was ihr die Gegenwart versagte.

„Nein, ich verlange nicht mehr,“ sagte sie jetzt klar und deutlich. „Wir werden in Ruhe und Frieden neben

einander hergehen und ein weiteres zu wünschen, wäre überflüssig.“

„Sie willigen in eine Verbindung zwischen uns, Emilie?“ fragte Paul und es war, als ob ein Freundschaftsanker über sein Gesicht flog. „Sie wollen mir Ihre Hand reichen?“

„Ich will es“, entgegnete Emilie kühl.

„Darf ich bei Ihrem Vater um Ihre Hand anhalten?“

„Ja, er wird Ihnen keine Schwierigkeiten in den Weg legen.“

„Ich gehe, Emilie — leben Sie wohl. Morgen hoffe ich meinem Vater die Tochter entgegen zu führen.“

Er ergriff ihre herabhängende Hand und hauchte einen zärtlichen, leisen, kaum fühlbaren Kuß darauf. Dann verließ er das Gemach, Emilie in einem schwer zu beschreibenden Zustande zurücklassend.

Als Pauls Schritte verklungen waren, als sie sich wirklich allein fühlte, da brach sie in ein lautes, bitteres Gelächter aus. Ihre kleinen Hände krampften sich zornig zusammen, die feinen Nasenflügel waren weit geöffnet und zwischen den Zähnen zischte sie die Worte hervor: „Das mir? Das mir — dem vielumworbenen, begehrten Mädchen? Schien es nicht, als ob er mir eine Gnade angedeihen ließ, als er mir seine Hand anbot — seine Hand? O, warum stieß ich ihn nicht von mir? Warum zeigte ich ihm nicht meine ganze grenzenlose Verachtung, welche er so sehr verdiente?“

Und Emilie barg ihr Gesicht in beide Hände und drückte es in die seidnen Polster des Sophas. Sie lächelte mit dem Himmel, mit ihrem Vater, mit Paul

Stromberg, kurz und gut mit der ganzen Welt. Sie war jetzt Braut. Paul hatte um ihre Hand angehalten und sie hatte ihm dieselbe zugesagt, ohne sich lange zu besinnen.

Wie ganz anders hatte sie sich noch vor sehr kurzer Zeit den Moment gedacht, wo sie dem Manne ihre Wahl ihr Jawort geben würde. Emilie war bis in den Staub gedemüthigt. Mit kalten Worten hatte Paul um sie angehalten, nicht durch ein Wort versuchte er das Herbe seiner Handlungsweise zu mildern, sondern, wenn auch unbewußt, er bohrte den Stachel der verwundeten Eigenliebe tiefer und tiefer in ihre Brust. Er sagte ihr gleichzeitig, daß er sie nie lieben könne, daß sein Herz einer Todten angehöre — sie, die stolze Emilie Tegmeier, sollte das, was ihr ihrer Meinung nach doch allein hätte angehören müssen, mit einer Bettlerin theilen.

Von ferne herüber tönte die rauschende Ballmusik. Die schöne Emilie wurde im Ballsaale vermist und Herr Tegmeier durchsuchte die angrenzenden Zimmer, um den Flüchtling zurückzubringen. Er fand Emilie im „blauen“ Zimmer. Die matte, dämmernde Lampe beleuchtete ein todtblaues Frauenantlitz, welches sich gespanntig von dem dunklen Hintergrunde abhob.

„Emilie!“ rief Herr Tegmeier erschreckt aus.

„Suchst du mich?“ fragte die Tochter kalt, sich von ihrem Sitze erhebend, und ihre dunklen Augen fest auf den Vater richtend.

Dann trat sie vor den hohen Spiegel, welcher ihre schöne Gestalt in ihrer vollen Größe zurückgab. Mit zitternder Hand ordnete sie die zerdrückten und zerfalterten Spigen und das Haar, auf welches sie in

Dies die allgemeinen Gesichtspunkte, von welchen aus die außerordentliche Maßregel einer so weitgehenden Schutzlegung begründet wird.

Es ist klar, daß bei solchen Zuständen das Verbot der Rodung und Devastation mit dem Gebote der Wiederaufforstung nicht zureichen, daß also präventive Maßregeln, die in den §§ 6 und 7 des Forstgesetzes gegeben sind, ergriffen werden mußten.

Der Forstinspector beantragte also unter sachweiser Begründung des Vorhandenseins der in den genannten Paragraphen gestellten Prämissen die Schutzlegung nachstehender Wälder, und zwar:

1. im Roub-Birnbaumer Gebirge 55 Waldparzellen mit	304	4548	1250
2. im wippacher Nanosgebirge 32 Waldparzellen mit	5965	1116	
3. im südöstlich Nanosabfalle 24 Waldparzellen mit	6824	640	
4. im Verda-Logu (senofetscher) Gebirge 302 Waldparzellen mit	6108	1528	
5. im nußdorfer Hügellande 4 Waldparzellen mit	132	140	
6. im Südbafalle des birnbaumer Waldes und im Javornikgebirge 168 Waldparzellen mit	6507	1108	
7. im Westabfalle des Schneeberges 66 Waldparzellen mit	533	1351	
Zusammen 651 Parzellen mit	30,621	733	

Für jede dieser Waldgruppen, die den Standort- und Bestandesverhältnissen nach genau beschrieben und überdies in einer Uebersichtskarte graphisch dargestellt wurden, hat er die gesetzlich gebotene und in den Erkenntnissen vorzuschreibende Waldbehandlung Punkt für Punkt präcisiert.

Die Schutzvorschriften bezwecken in erster Linie die Abstellung des Kahlschnees und den Schutz der Jung- und Stangenholzer, dann die Einschränkung der Weiden- und Streunutzungen.

Im nächsten Jahre soll mit der Schutzlegung im politischen Bezirke Loitsch — namentlich an den Abhängen des Javornik — vorgegangen werden.

In Verbindung damit mußte auch für eine entsprechende Bewirtschaftung und Aufsicht, insbesondere in den Gemeinschafts- und Aequivalents-Wäldern Vorsorge getroffen werden.

In dem Gesamtcomplexe der obigen Schutzwälder sind die Eigenthumskategorien folgende:

1. Reichsforste	304	1041	1541
2. Fideicommissforste	5529	256	
3. Privatwälder:			
a. der Dominien	5864	82	
b. des Kleinbesitzes	1876	181	
4. Aequivalente u. Gemeinschaftswälder:			
a. individuell vertheilt	8193	273	
b. unvertheilt	8116	1570	
Summe	30621	733	

Dievon sind ganz unbelastet 16,756 Joch 1484 Quadratklafter, mit Servituten belastet 5747 Joch 879 Quadratklafter, mit Gemeinschaftsrechten behaftet 8116 Joch 1570 Quadratklafter.

In den Kategorien 1, 2 und 3 a ist Forstverwaltung und Forstschutz soweit geordnet, daß ein diesfälliges Einschreiten aus dem Gesetze entfällt. — Was die thatsächlich in einem Theile dieser Wälder vorkommenden Ueberbauungen betrifft, konnte vorderhand die k. k. Bezirkshauptmannschaft darauf nur aufmerksam gemacht werden, indem bereits ein, von der Abföhrungsbehörde getroffenes Provisorium im Mittel liegt.

Ihrer momentanen Verzweiflung nicht die mindeste Rücksicht genommen. Dann umspielte ein höhrendes Lächeln ihre Lippen.

War sie in der That nicht schön genug, um auch das Herz eines Mannes zu gewinnen?

„Emilie, was hast du — was ist dir, mein Kind?“

„Frage Herr Legtmeier, dem die fürchtbare Aufregung nicht entging, in welcher sich seine Tochter befand.“

„Nichts, Papa,“ entgegnete sie, ihre blendend weißen Zähne zeigend. „Ich habe mich nur auf ein paar Augenblicke hierher zurückgezogen — die Ballsaalluft brückte mich nieder, es herrscht dort in der That tropische Hitze.“

„Man vermißt dich, Emilie,“ sagte der Kaufmann, noch immer erstaunt.

„Mögllich, Papa,“ meinte sie achselzuckend. „Ich glaube, die Welt wird sich daran gewöhnen müssen, mich in nächster Zeit oftmals zu vermissen.“

„Wie soll ich das verstehen?“

„Sehr einfach, Papa — ich habe mich verlobt,“ lautete Emilie's Antwort.

„Du sprichst in Räthseln, Emilie,“ sagte Herr Legtmeier und in dem Ton seiner Stimme lag eine schlecht verhehlte Ungebuld.

„Ich habe mich soeben mit Paul Stromberg verlobt.“

„Mit Paul Stromberg?“ fragte der Millionär, als glaube er sich verhöhrt zu haben. „Sprichst du die Wahrheit?“

„Führe mich in den Salon, Papa — morgen wird Paul Stromberg bei dir um meine Hand anhalten.“

(Fortsetzung folgt.)

Den abelsberger Reichsforst betreffend, schließt der hohe Ackerbau-Ministerialerlaß vom 9. Februar 1872, Z. 6672, wohl die Beruhigung in sich, daß die nunmehrige Bewirtschaftung desselben eine schonende und von dem Bestreben geleitete sein werde, den zerrütteten Waldstand wieder aufzubringen.

In den Wäldern der Kategorie 3 b dürfte vorderhand die Schutzlegung allein ausreichen.

In den Aequivalents- und Gemeinschaftsforsten aber, welche mehr als die Hälfte des abelsberger Waldstandes umfassen, wo die Benützung durchwegs unregelt, die Ausnützung auf das bedrohlichste angespannt ist, hat der Inspector die Formierung von 4 Wirtschaftsbereichen in der Weise beantragt, daß die bezüglichen Entschließungen der Interessenten bis zum Sommer 1873 dieses Jahres vorzubehalten seien und nach dem Ergebnisse derselben das Amt weiter gehandelt werden sollte.

Desgleichen wird bis dahin der Stand des Forstschutzes ortschaftsweise festgestellt und also auch in dieser Richtung die Grundlage zu weiterem Handeln geboten sein.

In Verbindung mit diesen Maßnahmen steht auch der mit dem Berichte vom 1. Dezember 1872, Z. 279, der k. k. Landesregierung überreichte Antrag auf Bestellung eines Forstcommissärs für Innerkrain, welchem ein Theil der dem Forstinspector und der politischen Behörde obliegenden forstlichen Geschäfte übertragen werden sollte.

So derout als in Krain die forstlichen Zustände heute sind, kann ohne die Bestellung politischer Localforstbeamten (auch in den andern zwei Landestheilen) an eine ausreichend kräftige Handhabung des Forstgesetzes nicht gedacht werden. Der Forstinspector sagt: Ich spreche dies wiederholt und im Bewußtsein meines redlichen Bemühens dem überkommenen Amte gerecht zu werden, auch auf die Gefahr hin aus, daß dieser Ausspruch zu meinen persönlichen Ungunsten gedeutet werde.

Die Erkenntnis der Nothwendigkeit eines solchen Ausbaues des Staatsforstschutzes-Organismus hat den steierischen Landesauschuß bewogen, in einer anfangs des vorigen Jahres an Se. Excellenz den Herrn Ackerbauminister gerichteten Eingabe sich dahin auszusprechen, „daß die dem dortigen Forstinspector zugewiesene Aufgabe nur dann zu erfüllen sei, wenn ihm Organe beigegeben werden, welche bei den Bezirkshauptmannschaften in den waldwirthschaftlich wichtigen Landestheilen exponiert sind, um den Forstinspector über die zur Hebung der Forstkultur dringenden nothwendigen Maßregeln schnell in Kenntniß zu setzen und zur Handhabung und Durchführung der beschlossenen Maßregeln stets zur Hand zu sein.“

Im Küstenlande ist eine derartige Organisation mit der Kundmachung vom 25. September 1872 bereits eingeführt, und es sind für die vier Forstbezirke, Triest, Tolmein, Volosca und Pisino nebst dem Forstinspector 3 Commissäre, 2 Assistenten, 1 Forstadjunct, 4 Forstwärter und 2 Forstgehilfen bestellt worden, denen die Handhabung der Staatsforstaufsicht und die Forstwaldung obliegt. Bei der eminenten volkwirtschaftlichen Bedeutung der krainischen Forste ist es wohl eine ganz billige Forderung, wenn vorderhand eine ähnliche Organisation nur für Innerkrain in Anspruch genommen wird.

Ueber seine Thätigkeit im abelsberger Bezirke bemerkt er schließlich noch, daß 39 Devastationsfälle der Amtshandlung zugeführt und in allen diesen die Einleitung der Wiederaufforstung beantragt habe.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Finanzkrisis.

Die krainer Handels- und Gewerbekammer überreichte in betreff der Finanzkrisis nachfolgenden, vom Herrn Bau- rathe Potocnik, verfaßten Bericht an das hohe k. k. Gesamtministerium:

Hohes k. k. Gesamtministerium!

Mit hoher Befriedigung hat diese Handels- und Gewerbekammer aus den öffentlichen Blättern der letzten Tage erschen, daß das hohe k. k. Ministerium entschlossen ist, Maßregeln zu ergreifen, welche geeignet sein sollen, — vorzubeugen, damit die im Monate Mai d. J. über Oesterreich hereingebrochene Börsenkrisis die Schranken nicht noch weiter durchbreche und hiedurch die eben in Folge dieser Krise schon gegenwärtig tief darniederliegende Gesamtindustrie vollständig vernichte und jenen gefährlichen Charakter annehme, welcher nur zu geeignet wäre, die volkwirtschaftliche Frage des Reiches in der allertraurigsten Weise zum Abschluß zu bringen.

So unzweifelhaft aber als es eines theils ist, daß die Bevölkerung Oesterreichs die helfende Stellung, welche die hohe Regierung der bedrohlichen Situation gegenüber zu nehmen sich entschlossen hat, mit vollster Anerkennung begrüßen wird, kann diese Handels- und Gewerbekammer andertheils doch nicht umhin, die alle Schichten der Bevölkerung durchdringende Hoffnung auszusprechen, daß diese veränderte Haltung der hohen Regierung nicht etwa zu Gunsten der vollständig demoralisirten Börse und ihrer Notabare, nicht zu Gunsten der Wiederbelebung des leider sich selbst bis in die höheren Schichten der Gesellschaft eingestrichenen bisherigen Prinzipes des verderblichen Schwindels, nicht zur Hilfe der verbitterten und durch eigene Schuld gestürzten heillosen Gründer — Associationen,

sondern mit staatsmännischer Weisheit in erster Linie zu Gunsten der wirklich arbeitenden und realen Industrie, des Handels und der Gewerbe zu dem Behufe geschehe, um diesen so wichtigen Factoren des öffentlichen Lebens die Mittel zur Wiederaufnahme ihrer einstigen, heute gelähmten Thätigkeit und zur Rettung ihres vollständigsten Verfalles zu bieten und jenes Vertrauen wieder zu wecken, welches durch Schwindel der wiener Börse verloren gegangen ist.

Die Handels- und Gewerbekammer ist von der Ueberzeugung durchdrungen, daß ein glücklicher finanzieller Zustand nur dann geschaffen werden kann, wenn mit den verderblichen Prinzipien der Neuzeit gründlich gebrochen wird und Geldinstitute nicht ausnahmslos bloß nur den Zweck der Bereicherung einzelner, sondern den allgemeinen Wohlstand des Reiches bezwecken; die Handels- und Gewerbekammer ist aber auch von der weiteren Ueberzeugung durchdrungen, daß ein wesentlicher Factor der verderblichen Bestrebungen der jetzigen Börsenmänner in dem heutzutage überall hervortretenden Mangel jeder öffentlichen Moral gesucht werden muß, da in diesen, leider nur zu oft maßgebenden Elementen die sittliche Verpflichtung der Treue, Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit und Rechlichkeit abhanden gekommen und überall, wo man hinblickt, Schwindel und Unredlichkeit ihre verderblichen Ziele erreichen.

Dieser sittliche Verfall war es, welcher mit kalter Berechnung auf die Ueberhöhung der gläubigen Masse speculirend den Geldmarkt mit Circulationsmitteln von mehr als zweifelhaftem Werthe überfluthete, durch geradezu sträfliche Manöver sich Millionen gewann, dafür aber tausende von Existenzen vernichtete, das reelle Bestreben des ehrlichen Fabrikanten, des Handelsmannes und des Arbeiters zugrunde richtete und in Oesterreich jene Krise schuf, deren hervorstechendster Charakter der vollständige Mangel des Vertrauens in jeder Hinsicht ist.

In diesen allgemeinen Umrisen ist die Situation gezeichnet, in welcher sich Industrie, Handel und Gewerbe auch innerhalb dieses Kommerbezirktes befinden; es sind aber darin auch die allgemeinen Mittel und Wege angedeutet, welche betreten werden müssen, wenn die erwartete Staatshilfe nicht bloß einen zeitweiligen, sondern nachhaltigen Werth haben soll nemlich: entschiedener Bruch mit dem am gegenwärtigen Unglücke schuldtragenden Schwindel der wiener Börse und das Zurückführen des Geldmarktes auf seine sittlichen Grundlagen.

Die kärntner Handelskammer hat jenes Einschreiten, welches sie in dieser Beziehung unterm 20. v. M. an das hohe k. k. Gesamtministerium gerichtet hatte, hieher mitgetheilt, und mit voller Ueberzeugung stimmt man hierorts den in jenem Berichte ausgesprochenen Ansichten vollständig bei. Wenn schon in Krain die Eisenindustrie für dermal nicht jene großen Dimensionen wie in Kärnten einnimmt, so ist sie doch bedeutend genug, um das demalige vollkommene Darniederliegen dieses Factors der großen Industrie leider nur zu fühlbar zu empfinden. Nicht bloß, daß die derzeit bestehenden krainischen Montanwerke ihrer früheren Entwicklung Schranken setzen, Arbeiten einstellen und Arbeiter entlassen mußten, so ist bei der Demoralisation des Kapitals und dem Darniederliegen der gesammten Volkswirtschaft, selbst bei notorisch riesigem Vorhandensein des Rohmaterials an eine Verarbeitung desselben bei den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zu denken, was um so bedauerlicher ist, als nach allen Lehren und Grundfögen einer gesunden National-Oekonomie der Eisenverbrauch eines Landes der untrügliche Werthmesser des Volkswohlstandes ist.

Schon von diesem Standpunkte aus kann diese Handels- und Gewerbekammer die Anträge der Krainer Schwefelkammer vom 20. Oktober d. J. nicht warm genug befürworten; sie muß aber auch gelegentlich dessen auch im speciellen Interesse ihres Bezirktes auf die absolute Nothwendigkeit der endlichen Entscheidung über die Frage des schon seit vielen Jahren in der Schwabe befindlichen Eisenbahn von Laibach nach Triest, dann jener von Laibach nach Karstadt zurück kommen.

Wenn die Nothwendigkeit dieser Bahnen bisher vom Standpunkte des Handels, der Technik und vom allgemeinen österreichischen Interesse schon seit Jahren genügend besprochen wurde, so tritt heute, wo die Existenz der gesammten Eisenindustrie in Frage steht und wo sich die Lage des Arbeiterstandes täglich düsterer gestaltet, die staatliche Nothwendigkeit der schnelligsten Abhilfe durch die sofortige Inangriffnahme des Baues jener Bahnen hinzu.

Daß der patriotisch österreichische Zweck, der einheimischen Montanindustrie anzuhelfen, nicht erreicht werden würde, wenn das Eisenmateriale für Eisenbahnen und die sonstige Bauthätigkeit vom Auslande bezogen werden würde, ist wohl selbstverständlich, daher glaubt es die Kammer ausdrücklich betonen zu müssen, damit strenge darauf gesehen werde, damit bei österreichischen Eisenbahnen, soweit als nur immerhin thunlich, nur österreichische Eisenerzeugnisse in Verwendung zu kommen hätten.

Von diesen Anschauungen geleitet, erlaubt sich die Handels- und Gewerbekammer es auszusprechen, daß, wenn das k. k. Ministerium über die Einnahmen des Staates nicht eine gleiche Katastrophe hereinstürzen sehen will, wie sie über die Industrie, den Handel und die Gewerbe schon herein gebrochen ist, dasselbe rasch, bereitwillig und thätigst eingreifen muß, um einen erträglichen Zustand geordneter Verhältnisse zu schaffen und das verlorene Vertrauen wieder zu wecken.

Deshalb stellt die Handels- und Gewerbekammer die ergebenste Bitte: Das hohe k. k. Ministerium wolle jens

